

16. August 2007, Stadtrat Bern, Traktandum 21

Vortrag Beat Gubser zur

Motion Beat Gubser (EDU): Dem politischen Islam symbolische Grenzen setzen

Den politischen Islam ernst nehmen

Als ich vor gut einem Jahr das erste Mal von der „Stopp Minarett“ - Petition in Langenthal gehört habe war meine spontane Reaktion: Der Bau eines Minaretts ist eine Frage der Religionsfreiheit. Es ist falsch Unterschriften gegen den Bau eines Minaretts zu sammeln.

Im September 2006 wurde die neue Bauordnung in der Stadt Bern angenommen welche die neue Dienstleistungszone enthält, in der auch religiöse Versammlungslokale vorgesehen sind, was die EDU explizit unterstützt hat.

Daraufhin hat es mich interessiert ob es in der Stadt Bern ein Moscheeprojekt gibt, da ja bekannt ist, dass es den Muslimen zum Teil an geeigneten Versammlungslokalen fehlt. Die Antwort im November auf meine Kleine Anfrage ist überraschend aber nicht unerwartet gewesen: Ja, es hat bereits eine Voranfrage bezüglich Moschee mit Minarett in der neuen Dienstleistungszone gegeben.

Der EDU ist es ein Anliegen dass religiöse Gemeinschaften sich in geeigneten Versammlungslokalen treffen und ihre Religion frei ausüben können. Dies ist ein wichtiges Element der Religionsfreiheit. Als Freikirchler wissen wir sehr genau, oftmals aus eigener Erfahrung, dass es für religiöse Minderheiten nicht einfach ist geeignete Lokale zu mieten, zu kaufen oder zu bauen.

Auf Grund der Minarett Diskussion in Langenthal habe ich mich mit dem Islam dann noch vertiefter beschäftigt. Das Resultat ist die Motion „Dem politischen Islam symbolische Grenzen setzen“ gewesen. Wieso mein Meinungsumschwung gegenüber der ersten Reaktion auf die „Stopp Minarett“ - Petition?

Dem Thema Islam wird man nicht gerecht wenn man es nur aus der Perspektive der Religionsfreiheit betrachtet. Ein weiterer wichtiger Aspekt, welcher vielfach vergessen geht, ist die Trennung von Religion und Staat. Wie aus meiner Motion ersichtlich ist, gibt es im Islam die Trennung von Religion und Staat nicht. Sie widerspricht sogar dem Fundament des Islam. Der Prophet Mohammed ist, im Unterschied z.B. zu Jesus, welcher sich klar für die Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen hat,

eben nicht nur Religionsstifter, sondern auch Politiker gewesen und hat sozusagen selber den islamischen Staat gegründet. Der Islam ist nicht nur eine Gemeinschaft von Gläubigen sondern auch eine Staatsform.

Aus islamischer Sicht ist die Welt ursprünglich islamisch, denn bereits Adam und Eva sind Muslime gewesen. So bemüht sich der gläubige Muslim, im Unterschied zum säkularen, nach Schätzungen etwa 20% der Muslime in der Schweiz, darum, die Botschaft des Islams durch seine Worte und Taten zu verbreiten und die Welt wieder in ihren ursprünglichen islamischen Zustand zurückzuführen. Dabei geht es nicht nur um das Seelenheil sondern auch um die Aufrichtung des islamischen Staates welcher letztlich zur Diskriminierung von Nicht-Muslimen führt und im Widerspruch zur freiheitlichen Demokratie steht.

Man kann sich fragen ob es nicht ein wenig übertrieben ist wegen der politischen Dimension des Islams gleich ein Minarettverbot zu verlangen? Die EDU ist der Meinung dass ein solches Verbot gerechtfertigt ist. Der Islam ist nicht irgendeine Nischenreligion sondern die zweitgrösste Weltreligion. In islamischen Ländern ist die Religionsfreiheit nicht gewährleistet, nicht einmal in der Türkei. In etlichen islamischen Ländern werden Christen ernsthaft unterdrückt und verfolgt. Selbst in der Schweiz kann es für einen Muslim problematisch sein wenn er sich zu Jesus hinwendet. Rein mit integrativen Massnahmen kann man die Herzen von gläubigen Muslimen nicht verändern, denn Integration setzt Integrationswillen voraus und Allahs Gesetz steht über menschlichen Gesetzen. Deshalb werden sich Parallelgesellschaften bilden. Solche Parallelgesellschaften können zu einem erheblichen Problem werden. Aus Passivität oder falscher Toleranz entsteht kein Respekt. Je früher dem politischen Islam Grenzen gesetzt werden, je besser. Als Land mit christlicher Herkunft dürfen wir dem Islam signalisieren dass wir kein islamisches Land werden wollen.

Wieso denn eigentlich gerade ein Minarettverbot? Minarette, und auch Moscheen, sind aus den arabischen Heerlagern zur Ausbreitung des frühislamischen Reiches entstanden. Sie haben also politisch-militärische Wurzeln. Im Weiteren haben zu den ersten Minaretten auch umgewandelte christliche Kirchtürme gehört. Es ist deshalb kein Zufall dass sie in der islamisch-theologischen Überlieferung als Symbole der Eroberung gelten. Zur Ausübung ihres Glaubens benötigen die Muslime keine Minarette. Das wird auch von führenden Muslimen in der Schweiz bestätigt. Es gibt auch Gegenden auf der Welt wo Minarette generell nicht üblich sind. Ein

Minarettverzicht erhöht die Akzeptanz von Moscheebauten in der Bevölkerung. Sobald Minarette etabliert wären, würde, auch wieder im Namen der Religionsfreiheit, früher oder später die Forderung nach dem Muezzinruf laut werden. Zur Antwort des Gemeinderates. Bezüglich der Religionsfreiheit teile ich seine Ansicht. Bereits in meiner Motion habe ich darauf hingewiesen dass alle Menschen in unserem Land ihren Glauben frei wählen und ausüben dürfen. Leider geht der Gemeinderat aber auf den Inhalt die Motion, wo es um den politischen Islam und die Trennung von Religion und Staat geht, gar nicht ein und nimmt somit das Anliegen, welches auch einem Teil der Bevölkerung beschäftigt, gar nicht ernst.

Wie wir anhand der Projektidee vom Islam-Zentrum in der Wankdorf City gesehen haben hat der Islam durchaus Ambitionen in der Schweiz. Und dies auf allen gesellschaftlichen Gebieten. Deshalb ist es jetzt angebracht den politischen Islam ernst zu nehmen und ihm Grenzen zu setzen. Ein Minarettverbot richtet sich nicht gegen den Muslim als Mensch, sondern gegen den politischen Islam welcher letztlich zur Diskriminierung von Nicht-Muslimen führt und im Widerspruch zur freiheitlichen Demokratie steht.